

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Derrler, Gottlingen-Zürich
Kallmühlerstr. 3.
Verkauftungen
franco gegen Franco.
Wöchentliche Briefe
sich der Schweiz haben
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

N^o. 51.

Donnerstag, 15. Dezember.

Abonnements

werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Bierteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Revsban
Nr. 3) — für Deutschland (Gauwert
N. 1. 70 für Oesterreich (Gauwert
N. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Revsban).

Inserate

Für den gewöhnlichen Postzettel
25 Hgr. — 30 Hgr.

1881.

Preis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug, verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungen- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verkommen werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schmälern. Hauptforderung ist hierzu einzeln, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverlässige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unverlässliche Zustellungsbekanntnisse mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich deßhalb größter Eile bei Rückantwortung. Sowie es uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Abonnements-Einladung.

Wir bejahen ein neues Quartalabonnement auf den „Sozialdemokrat“. Wir erlauben unsern Lesern, ihr Abonnement rechtzeitig zu erneuern, sowie für Gewinnung neuer Abonnenten unablässig thätig zu sein. Jeder das Abonnement auf den „Sozialdemokrat“ noch das Empfehlung desselben ist in Deutschland strafbar, sondern lediglich die direkte Verbreitung.

Es ist deshalb Pflicht wie Interesse jedes Parteigenossen, aufs eifrigste für die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ zu wirken. Da der „Sozialdemokrat“ in Deutschland bekanntlich auf Grund des Verbotgesetzes verboten ist, so muß die Verbreitung selbstverständlich mit größter Vorsicht geschehen; letztere angewandt, ist die Sache abseits durchaus ungefährlich und leicht ausführbar. Das direkte Abonnement ohne Weiterverbreitung ist ebenfalls erlaubt.

Der „Sozialdemokrat“ wurde vom letzten Parteitag einstimmig zum einzigen offiziellen Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklärt.

Der vorauszahlbare Abonnementspreis des „Sozialdem.“ beträgt vierteljährlich für Deutschland und Oesterreich 3 Mark (3 fl. 75 kr.), wofür das Blatt wöchentlich als Postpaket Brief versandt wird; für die Schweiz 2 Fr., für alle übrigen Länder des Weltverkehrs 2 Fr. 50 Hgr. (unter Band). Dieser Preis kann indessen, wenn sich die Genossen eines Orts zum Bezug im Voraus vereinigen, wenn auch nur ein oder zwei Exemplare abbestellen, und damit sich gemeinschaftlich, wenn ferner die gemeinsame Bestellung an die absondlichen Genossen vortheilhaft geschieht; dann ist die Befreiung der Gutschrift beim Gesamtbezug weit geringer als bei den Einzelbestellungen.

Bis zu 10 Exemplaren können in Doppelbrief übermittle werden; bei größeren Bestellungen ist die Zulassung in Postpaket. Bei Bezug von zehn Exemplaren an ist der Preis pro Quartal auf M. 1. 80, franco ins Haus schließt, und ist der Betrag monatlich mit 60 Pf. im Voraus einzulösen. Sämtliche Sendungen werden gut verpackt, nicht in der Schweiz, sondern in Deutschland aufgegeben.

Briefmarken aller Länder werden für das angenommen; größere Beiträge in Papiergeld mittels eingeschriebenem Brief oder Post-Einschaltung.

Da nicht unbedeutende Kosten durch unangenehme Franzosen entstehen, so machen wir darauf aufmerksam, daß einzelne Briefe (bis 15 Gramm) nach der Schweiz 20 Pf., resp. 10 Kreuzer d. W. kosten, bei kleineren Briefen je 15 Gramm weitere 20 Pf., resp. 10 Kreuzer.

Man wende sich bei Einzelbestellungen an den Verlag von H. Derrler, Kallmühlerstr. 3, Gottlingen-Zürich, bei gemeinsamen Abonnement und um Ausschüsse an die bekannten Agenten in Deutschland, oder an die Unterzeichnenden durch Vermittlung in der Schweiz oder auch im Ausland lebender Freunde.

Monatliche Vorauszahlung des Abonnementspreises an unsere Vertrauensmänner und Filialverwalter ist unerlässlich!

Partei-genossen! Sammelt Euch um eure Hefen und bemüht die Euch gebührende Hilfe mit Eifer und Eifer; seid thätig und thut eure Pflicht!

Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.

„Entweder — oder!“

Unter dem Druck des Sozialistengesetzes hat sich innerhalb der deutschen Sozialdemokratie hier und da eine Unsitte eingebürgert, in welche alle verfolgten Parteien zu verfallen gefährdet sind, welche aber für keine Partei so gefährlich ist als gerade für die Partei des Proletariats. Wir meinen die Unsitte des Opportunismusultimus.

Wir gehören nicht zu denen, die sich vor einem Worte fürchten. Wenn uns die Anarchisten Opportunismus vorwerfen, so suchen wir höchstens mit den Achseln. Opportunismus, so weit das Wort keinen abgeleiteten Sinn hat, wie in Frankreich, treibt jeder vernünftige Mensch, welcher Partei er immer angehört. Opportunismus treiben auch die Anarchisten, indem sie für ihre furchterlichen Weltumwälzungspläne den geeignetsten Moment abwarten — er läßt heiläufig schon recht lange auf sich warten — kurz, der Opportunismus, d. h. das Handeln gemäß den Bedürfnissen, beziehungsweise Verhältnissen des Augenblicks ist an sich nichts Verwerfliches.

Verwerflich aber, und zwar im höchsten Grade, wird er dagegen da, wo er über das Prinzip gestellt wird, wo er — um ein nicht ganz zutreffendes aber doch analoges Bild anzuwenden — vom Regulator unserer Handlungen zum dirigierenden Faktor wird.

Es gibt bestimmte Verhältnisse, wo es nicht nur erhaben, sondern auch Gebot der Pflicht ist, nicht opportunistisch zu handeln. Niemand hätte es vielleicht einer Sophie Bardina, einer Marie Subotina verargt, wenn sie vor den Schergen des Zaren ihre Handlungen in Abrede gestellt, ihre Bestrebungen als harmloser geschildert hätten, als sie es in der That waren, wenn sie an die Gnade, an das Mitleid ihrer Richter appelliert hätten. Und doch verzichteten diese Heldinnen darauf, sie wußten, daß die Kämpfe, welche ihren Genossen bevorstanden, vor Allem Ausdauer und Charakterstärke verlangten, deshalb gingen sie ihnen mit gutem Beispiel voran, durch ihr heroisches Verhalten Tausende begeisternd.

Doch wozu in die Ferne schweifen? Opportunist wäre es vielleicht gewesen, wenn das Gros unserer Genossen bei Beginn der Wahlkampagne sich gesagt hätten: „Ach wozu das Wählen? Wir sind und bleiben Sozialisten, wirken, wo wir nur können, im Stillen, und werden, wenn einst der Tag der Abrechnung kommt, sicher nicht die Letzten sein; aber das Wählen bringt uns nur Unannehmlichkeiten mit der Polizei und unsern Arbeitgebern, und kostet obendrein noch Geld. Bleiben wir lieber hübsch warm zu Hause.“

Die deutschen Arbeiter aber dachten nicht so, trotzdem sie wußten, daß ihnen heute selbst der Wahlsieg keinen materiellen Vortheil bringen werde, trotzdem sie die Gefahren kannten, denen sie sich aussetzten, gingen sie müthig und entschlossen an die Arbeit und lieferten am 27. Oktober und den nachfolgenden Tagen eine Schlacht, welche ihnen die Bewunderung der Sozialdemokratie aller Länder eintrug. Die Masse unserer Genossen läßt sich nicht durch Phrasenhelden und Regierungsagenten zu dummen Streichen hinreißten, sie giebt sich nicht zu nutz- und zwecklosen Demonstrationen her, aber wo es gilt, Farbe zu bekennen, da ist sie unerschrocken am Platze, sie ist opportunistisch

im besseren, im besten Sinne des Wortes. Sie handelt den Bedürfnissen des Augenblicks entsprechend, stets aber geleitet von den Grundsätzen unserer hohen Sache.

Das war bis jetzt der Fall, und soll auch in Zukunft so bleiben, und deshalb ist es Pflicht jedes Genossen, dem Opportunismus im schlimmsten Sinne, wo immer er sich zeigt, entgegenzuwirken, vor ihm zu warnen, als dem zersetzenden Gift, das unsern Organismus, unsere Partei aufzulösen geeignet ist.

Woran aber ihn erkennen?

Die Aufgabe ist heute nicht immer leicht. Für den Satten ist es sehr einfach, Recht und Unrecht zu unterscheiden; für den Hungerigen dagegen sehr schwer. Derjenige, der im politischen Kampfe nichts zu riskiren hat, kann schnell sagen: Ich wahre mein Prinzip unter allen Umständen, wer aber mitten im Kampfe gegen einen übermächtigen Feind steht, wer jeden Augenblick seiner Haut sich wehren muß, der kommt auch in Situationen, wo es für seine und seiner Sache Vortheil erproblicher ist, das Bistur herunterzulassen oder die Maske vorzubinden. Wer heute z. B. auf dem Lande agitiren will, der handelte sehr thöricht, wenn er ohne Weiteres unser Programm aus der Tasche zöge und es den Landleuten vorlesen wollte, sie würden ihn einfach nicht verstehen, er wird vielmehr durch eine geschickte Unterhaltung den Gedankengang des Bauern in unserem Sinne zu beeinflussen suchen und erst nach und nach unsere Grundsätze kundgeben. Da wir fernerhin wissen, daß die politischen Verfolgungen und Einsperungen unserer geschicktesten Agitatoren und Organisatoren für unsere Bewegung, wenn sie auch nicht so schädlich sind als unsere Gegner meinen, so doch auch keinesfalls von Nutzen sind, und da wir ferner heute noch bessere und wirksamere Propagandamittel als politische Prozesse haben, so werden wir Alles aufbieten, solche Prozesse zu vermeiden, und wo sie doch stattfinden, den Richtern die Verurtheilung so schwer als möglich zu machen suchen. Das öffentliche Rechtsgefühl, soweit wir auf dasselbe einwirken können, d. h., soweit es nicht vom Klasseninteresse getrübt ist, muß stets auf unserer Seite sein.

Hier aber liegt die Grenze des berechtigten und des verwerflichen Opportunismus. Unser Verhalten vor Gerichten darf nie so weit gehen, unsere Bestrebungen zu verleugnen. Sobald wir uns vor Gericht als Sozialdemokraten bekennen, dürfen wir uns nicht dazu hergeben, unsere Ziele als unschuldiger darzustellen, als sie es in Wahrheit sind. Das Gesetz kennt keine strafbaren Ziele, es kennt nur strafbare Handlungen, daß die deutschen Richter trotzdem in neuester Zeit den ersten Begriff konstruirt und darnach verurtheilt haben, ändert daran nichts. Wenn die Richter verurtheilen wollen, so verurtheilen sie trotz der Abschwächungen, denen sie und das Publikum ohnehin keinen Glauben schenken, die Abschwächung und Ablehnung nützt für den konkreten Fall gar nichts, wirkt aber im höchsten Grade demoralisirend.

Gilt das schon vom juristischen Tribunal, so gilt es in noch weit höherem Maße vom politischen. Was für uns da in erster Reihe, ja fast ausschließlich in Betracht kommt, ist der Reichstag. Im Reichstage soll und muß Farbe bekannt werden; da gibt es kein Ausreden. Wir meinen damit nicht, daß unsere Abgeordneten in jeder Rede die gewaltthätige Revolution proklamiren sollen, damit würden sie nur sich und unsere Sache lächerlich machen, aber ihre Reden sollen dem Charakter und der Situation unserer Partei durchaus entsprechen. Unsere Abgeordneten sind in den Reichstag geschickt worden, um dort die Stimme des Proletariats zu erheben, die Stimme der Leidenden, der Verfolgten und Unterdrückten. Sie sollen nicht jammern und klagen, sie sollen kennzeichnen und anklagen, sie sollen nicht parlamentiren, sie sollen protestiren, die Stellung, die sie außerhalb des Parlaments einnehmen, sollen sie auch drinnen innehalten, sie sind die Vertreter der Entbehrten und Geächteten.

Wir lieben es nicht, Versteckens zu spielen, wir haben diese Zeiten nicht aus müßiger Laune geschrieben, sondern der Noth gehorchend. Es sind von einzelnen unserer Vertreter in den jüngsten Verhandlungen Worte gefallen, die weder der Würde unserer Partei entsprechen, noch durch die Umstände geboten waren, sondern nur Opportunismusrücksichten zuschreiben sind, für die aber die Partei, soll sie nicht ein bloßes Konglomerat zusammenhangloser Elemente sein, nicht aufkommen darf.

Wir sind keine Splitterrichter und daher auch nicht gesonnen, jedes Wort, das in der Hitze der Diskussionen fällt, auf die Goldwaage zu legen. Es laufen jedem Redner, und je erregter, je leidenschaftlicher er spricht, desto mehr, Wendungen unter, die er bei ruhiger Ueberlegung nicht gebraucht haben würde, wir haben daher zu manchem Wort, das von unserer Seite im Reichstage gefallen ist, geschwiegen. Wenn wir heute aber von dieser Genöthigkeit abgehen, so geschieht es, weil wir es mit Neusperrungen zu thun haben, denen wir nicht zum ersten Male begegnen und welche System zu werden drohen.

Die Abgeordneten Hasenkleeber und Bloss haben in der Debatte über den Belagerungszustand ihrer Auffassung über das Verhältniß der Partei zum „Sozialdemokrat“ in einer Weise Ausdruck gegeben, welche als eine formelle Desavouirung des

Letzteren angesehen werden muß, indem sie nicht etwa für einzelne Artikel, sondern für die ganze Haltung desselben die Verantwortung der Partei entschieden ablehnten.

Eine solche Erklärung, an so hervorragender Stelle abgegeben, welche durch die ganze Presse des In- und Auslandes kolportirt wird, muß, insoweit sie nicht richtig gestellt wird, als eine offizielle Erklärung der Partei betrachtet werden; von dem Augenblick an, wo dies geschieht, hört der „Sozialdemokrat“ auf, Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie zu sein, ist dieser Titel, auf den er bisher stolz sein durfte, eine leere Phrase.

Wir sind nicht so charakterlos, ein solches Mißverhältniß aufrechterhalten zu wollen. Wenn die Partei mit der Redaktion des „Sozialdemokrat“ nicht einverstanden ist, so mag sie den Redakteur desselben absetzen, aber das Organ, das sie sich selbst geschaffen, so kurzweg verleugnen zu lassen, widerspricht den einfachsten Begriffen von politischer Ehre.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat“ wird sich nicht einbilden von dem Augenblick an, da sie an ihren Posten gestellt wurde, plötzlich die Summe aller politischen Einsicht der Partei zu repräsentiren, so wenig über die Abgeordneten mit dem Reichstagsmandat die Gesamtintelligenz der Wähler sich ergießt. Weit entfernt, für jede Zeile oder jeden Artikel die Autorität der Partei zu beanspruchen, darf sie aber und muß sie auch die politische Verantwortung der Partei für ihre allgemeine prinzipielle Haltung verlangen, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Diesen korrekten Standpunkt hat in der Reichstagsdebatte vom 31. März dieses Jahres — es handelte sich auch um die Denkschriften den Belagerungszustand betreffend — Genosse Bebel in klarster und rückhaltlosester Weise vertreten. Wir bedauern sehr, daß uns der Raummangel zwingt, auf eine Wiedergabe seiner dahingehenden Ausführungen verzichten zu müssen, wir wollen aber wenigstens nicht unterlassen, auf dieselben ausdrücklich zu verweisen.

Die Erklärung, „wir sind nicht verantwortlich für die Schreibweise des „Sozialdemokrat“, sofern sie nicht ein Fuhrtritt für die Redaktion desselben sein soll, muß als ein höchst verwerflicher Opportunismus angesehen werden. In jedem Falle setzt sie die Partei dem berechtigten Spott unserer Gegner aus.

Leo.

Zum freien Wahlrecht.

Unsere Genossen im Wahlkreise Frankenthal-Speyer haben an den Reichstag einen Wahlprotokoll eingeschickt, der einen charakteristischen Beitrag zum Kapitel vom „freien Wahlrecht“ liefert, und auch in anderer Beziehung sehr bemerkenswerth ist. Wir lassen ihn daher hiermit dem Wortlaut nach folgen:

„Protokoll gegen die Wahl des Herrn Dr. Groß von Lambenheim zum Reichstagsabgeordneten im Kreise Speyer-Frankenthal.“

Bei der am 27. Oktober d. J. in rubrizirtem Kreise stattgehabten Wahl eines Reichstagsabgeordneten siefen auf den von nationalliberaler Seite angefertigten Kandidaten Herrn Dr. Groß 6541 St.
Der ultramontane Herr Dr. Jäger erhielt 3170 „
Der sozialdemokratische Herr Aug. Dreesbach 2912 „
Der konservative Kandidat Herr Haas 289 „
Die fortschrittlichen Herren (diverse) erhielten 102 „

13,014 St.

Demnach war der nationalliberale Herr Dr. Groß mit einer Majorität von 34 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

Das Resultat würde ein wesentlich Anderes geworden sein, wenn nicht Wahlbeeinflussungen der verwerflichsten Art vorgekommen wären, welche in Nachstehendem erläutert werden sollen.

Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen beschäftigt ca. 1600 Arbeiter, von denen die meisten in dem in Frage stehenden Wahlkreise stimmberechtigt sind. Circa 5—600 haben allein in Ludwigshafen zu wählen. Die Direktion obigen Etablissements befindet sich in den Händen der Führer der nationalliberalen Partei, und wenn die Chefs nationalliberal sind, so versteht es sich beinahe von selbst, daß das Beamtenpersonal auch diese Farbe bekennen muß. Daß man aber auch die Arbeiter zwang, gegen ihre Ueberzeugung für den nationalliberalen Herrn Dr. Groß zu stimmen, ist unerhör!

Am Tage vor der Wahl bekamen die Werkführer von der Direktion die strengste Ordre, den Arbeitern unter Androhung der sofortigen Entlassung einzuschärfen, nur für Herrn Dr. Groß zu stimmen, und am Wahltag selbst wurden die Arbeiter, unter denen der Spruch kursirte:

„Wer nicht wählt den Dr. Groß,
Der ist morgen arbeitslos!“

gruppenweise von ihren Werkmeistern zum Wahllokal geführt, in dem als Wahlkommissäre bezug. Beisitzende die „Herren“ der Fabrik anwesend waren. An der Thüre des Wahllokals, also beinahe direkt vor der Wahlurne, bekamen die Arbeiter die Stimmzettel für Dr. Groß in die Hand und wurden, begleitet von den Werkführern, mit Argusaugen bewacht, zur Wahlurne geschleppt, alwo sie den empfangenen Wahlzettel abgeben mußten.

Wohle dem Armen, der es gewagt hätte, sich renitent zu zeigen, oder diesen Stimmzettel zu vertauschen — er hätte sich der sofortigen Brodlosigkeit ausgesetzt, und hätte eventuell seine ganze Familie dem Hunger preisgegeben.

Bis jetzt hat man folgende Fälle festgestellt können: Georg Martin von Gemshof b. Ludwigshafen bekam von einem Kasseher der Badischen Anilin- und Sodafabrik einen Stimmzettel für Dr. Groß,

worauf er ihm erwiderte, daß er schon einen Zettel habe und für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen werde.

Schon Mittags, als dieser Arbeiter, welcher sieben Jahre als Maschinenführer in genannter Fabrik thätig war, in seine Werkstätte gehen wollte, wurde er entlassen! Eine strafbare Handlung hat sich der Arbeiter nie zu Schulden kommen lassen.

Schreiner Schmiedel aus Edighheim wurde am Montag den 24. Oktober d. J. aus mehrfach genannter Fabrik entlassen, weil er Tags zuvor ein sozialdemokratisches Flugblatt einem Arbeiter in einer Wirthschaft zeigte. Letzterer denunzierte ihn bei der Direktion, welche ihm, da er vermutlich nicht für Dr. Groß stimmen werde, die Arbeit sofort entzog, resp. ihn entließ. Ebenso erging es:

Johannes Pauer von Freisenheim, wohnhaft Quadrat I. Nr. 14 in Ludwigshafen, welcher erklärte, daß er für Herrn Dr. Groß nicht stimmen werde; auch er wurde sofort entlassen.

Georg Keller, Tagelöhner in Ludwigshafen a. Rh., wurde aus der Weinsäurefabrik des Herrn Dr. Reimann (Deutscher Fabrik) entlassen, nachdem er den erhaltenen Stimmzettel für Herrn Dr. Groß mit demjenigen für den sozialdemokratischen Kandidaten vertauscht hatte, und dies Mandat von Seiten seines Vorgesetzten bemerkt wurde.

Karl Müller von Oggersheim ist in der Sammitfabrik dafelbst beschäftigt. Im Wahllokal war dessen Fabrikdirektor, Herr Diez, anwesend, und sah die Stimmzettel seiner Arbeiter nach! Müller hatte den Zettel für Dr. Groß ebenfalls für den des sozialdemokratischen Kandidaten vertauscht und am 24. Oktober bekam er seine Entlassung, und zwar nur, weil er gegen Kommando gewallt hatte.

Es kamen noch mehr Entlassungsfälle vor, doch ist es schwierig bei der Ausdehnung des Wahlkreises alle einzeln zu rekonstruieren.

Die angeführten Fälle sind sehr prägnant und gravierend, besonders aber haben wir nochmals hervor, daß die Arbeiter der Bad. Anilin- und Sodafabrik gruppenweise von ihren Werkmeistern zur Wahlurne geführt wurden und daß Allen sofortige Entlassung angedroht war, für den Fall, daß sie nicht für Dr. Groß stimmen würden.

Zu Uebereinstimmung mit den Wählern des sozialdemokratischen Kandidaten, Herrn A. Dreosbach, erheben wir daher Protest gegen die Wahl des Herrn Dr. Groß von Landshelm und richten an den hohen Reichstag die ergebenste

Bitte:
die Wahl des Herrn Dr. Groß zum Reichstagsabgeordneten für den Kreis Speyer-Frankenthal wegen größtlicher Verletzung der Wahlfreiheit seitens des nationalliberalen Wahlkomites für ungültig zu erklären!

Im Namen der sozialdemokratischen Wähler:
Wilhelm Seel, Quadrat II. Nr. 35
Karl Cueva aus Oggersheim.
Peter Mosbacher.

Soweit der Protest. Ob er zu einer Umstosung der Wahl führen wird, ist selbst bei der Zusammenkunft des gegenwärtigen Reichstages zweifelhaft, denn wenn es sich um Sozialisten handelt, da finden die Herren, die sonst den Mund immer voll von ihrer Gerechtigkeitsliebe nehmen, sehr schnell eine Ausrede. Von einer Bestrafung der Fallanten, welche den Arbeitern, von deren Schweiß sie sich nähren, das Wahlrecht verläumert haben, werden wir aber auf keinen Fall etwas zu hören bekommen. Und wäre Deutschland noch einmal so reich an Gesandnissen als es ohnehin ist, sie reichen nicht aus, wollte man in Wahrheit alle die bestrafen, welche das sogenannte freie und geheime Wahlrecht zu einer Lüge machen.

Die Schuldigen werden frei ausgehen, die entlassenen Arbeiter bleiben entlassen, das ist der Restrain vom Tode. Unsere Partei ist arm, wir können den Braven, welche so mühsig ihre Meinung bekanneten, keine Entschädigungen, keine Ehrenposten bieten, aber unsere rühmliche Anerkennung wollen wir ihnen zollen, ihre Namen werden mit Achtung und Liebe genannt werden überall da, wohin nur das Parteiorgan dringt.

Zum Schluß aber bitten wir die Genossen in Ludwigshafen, aus den Namen des schuftigen Verräthers, der seinen Arbeitsgenossen Schmiedel denunzierte, mitzutheilen, damit wir ihn der verdienten Verachtung preisgeben können. Hoffentlich wird ihm auch sonst der Lohn für seine Liebedienerei nicht vorenthalten werden.

Sozialpolitische Rundschau.

Büch, 14. Dezember 1881.

Die Debatte über die Denkschriften der preussisch-hamburgischen Regierungen über die Verhängung, bezw. Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes hat am 10. November fortgesetzt. Von Seite unserer Abgeordneten hatte Hasenclever die Aufgabe übernommen, die verschiedenen Nachwerke zu widerlegen. Was wir an seiner Rede auszusagen haben, haben wir in unserem heutigen Leitartikel bereits dargelegt, im Uebrigen erfüllte dieselbe ihren Zweck, die Brutalität, mit welcher die Polizei in Deutschland verfährt, zu geißeln und nachzuweisen, wie wenig alle Willkürmaßregeln gegen die Sozialdemokratie auszurichten vermocht haben und ausrichten werden. Wir kommen auf die Ausführungen Hasenclever's noch zurück, sobald wir den stenographischen Bericht in Händen haben.

Die Antwort Puttkamer's war, wie immer, äußerst matt und dürftig. Auf die Vorlesungen aus den sozialistischen Zeitungen, welche das Plakat seiner letzten Rede über das Sozialistengesetz wenigstens einigermaßen verdeckte, verzichtete Herr Puttkamer diesmal aus gutem

Feuilleton.

Die Abschaffung des Staates.

Als notwendige Konsequenz der Thatsache, daß der Staat nur existiert durch den Gegensatz zwischen der herrschenden und beherrschten Klasse, erscheint es, daß die erste That der kommenden Revolution, welche die Klassenunterschiede aufheben will, die Abschaffung des Staates sei.

Dies war auch die Ansicht Bakunins. „Die Revolution, wie wir sie verstehen“, sagt er, „muss vom ersten Tage an radikal und vollständig den Staat und alle Staatseinrichtungen vernichten. . . . Wir sind die natürlichen Feinde dieser Revolutionäre — der Futuristen, der Gesetzgeber und Formulirer der Revolution — die, bevor noch die gegenwärtigen monarchischen, aristokratischen und Bourgeoisstaaten zerstört sind, bereits an die Schöpfung neuer revolutionärer Staaten denken, Staaten, die ebenso zentralisirt und noch despotischer, als die heute existierenden Staaten sind.“

Der Anarchist wird also, sobald die Revolution losbricht, die Abschaffung des Staates decretiren, und, vorausgesetzt, daß er mehr Glück hat, als Bakunin am 28. September 1870 in Lyon, den Staat mit seinen Machtmitteln, Armee, Bureaunkratie, Polizei u. s. vernichten, und es hierauf jedem einzelnen Individuum überlassen, den Uebergang von der alten in die neue Gesellschaft so gut zu bewerkstelligen, als es eben kann.

Was wird nun geschieden?
Der Ausgang der Revolution wird sich natürlich im gegebenen Falle, wo ihr keine Machtmittel zu Gebote stehen, keine Armee, keine Bureaunkratie, keine Polizei, nur so weit erstrecken können, als die Revolution selbst. Jedes Land hat aber seine Venée, sein Tirol, sein Pommern. Dort bleibt die staatliche Organisation bestehen, dort findet die Kontrorevolution einen festen Stützpunkt, indes die Revolution Alles anstrebt, sich selbst zu desorganisiren.

Die treuen Pommern, Tiroler und Bader rücken in geschlossenem

Grunde — die Wirkung nach Kufien — nur auf das Gegenheil von Dem gewesen, was mit der Veröffentlichung der „unserer Artikel“ beabsichtigt war — nur eine Stelle aus unserem Artikel über die Forderung des Verzeichnisses Sothen mußte als Zeichen der Verworfenheit unserer Gesinnung herhalten. Herr Puttkamer hätte die Unverschämtheit, unseren Abgeordneten zumuthen, „solche Ergüsse ausdrücklich zu desavouiren“ — wir bedauern es lebhaft, daß die nachfolgenden Redner es nicht für nöthig gehalten haben, die passende Antwort auf diese Unverschämtheit zu erteilen.

Nach dem preussischen Junter der sächsische Bureaunkrat, nach Puttkamer Herr v. Rositz-Ballwitz, der es versuchte, die wackigen Hiebe, welche ihm Bebel im sächsischen Landtage versetzt hatte, nummehr im Reichstage (in Abwesenheit Bebel's) zu pariren, Der biedere Sachse that sich auf die „sächsische Gemüthlichkeit“ viel zu Gute; nach seiner Darstellung herrscht in Sachsen die reine Liebe und Güte. Die Arbeiter in Dresden, im Erzgebirge u. können von dieser Liebe und Güte ein Liedchen singen. Aus reiner Liebe und Güte sind die sozialistischen Arbeiter aus den Staatsverhältnissen entlassen worden, aus reiner Liebe und Güte schwächen die Opfer des 27. Oktober im Gefängniß. Für die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig mußte Bebel's Rede vom 31. März herhalten. Sehr unglücklich suchte Herr von Rositz über den Vorfall, die sächsische Regierung habe den Belagerungszustand über Leipzig nur auf den Druck von Preußen hin verhängt, um der Annexion zu entgegen, hinwegzuseiten. Dabei stolperte er aber mit dem Eingeständniß heraus, daß es „im Interesse des Ansehens des Gesetzes liege, daß die Regierungen unter sich in Vernehmen treten“, wer bei diesem „Vernehmen“ den Ausschlag gibt, liegt auf der Hand. Daß es aber absolut keine Preußen bedarf, suchte Herr Rositz mit der Erklärung zu beweisen:

„Aber wenn ich die Wahl hätte zwischen der sozialistischen Republik und dem religiösen Atheismus einerseits und der Annexion andererseits, so würde ich diese vorgehen.“

Das glauben wir Ihnen gern, Herr Rositz. Aber wie fatal für Sie, daß Sie diese Wahl nicht mehr haben! Sie werden nämlich annektrirt werden und trotzdem die sozialistische Republik nicht verhindern. Da hört aber wirklich die Gemüthlichkeit u. Gott Strambach!

Zu seiner Rede hatte Hasenclever u. A. die Freiheit der liberalen Presse gerügt, welche die Aufnahme von nicht verbotenen Aufsätzen zu Sammlungen für die Familien der Ausgewiesenen verweigerte. Der Fortschrittler Hänel wurde ab dieses Vorwurfs so arigebracht, daß er unserem Genossen das Wort: „Unverschämte“ entgegenriß, und Herr Sonnemann sekundirte ihm mit der charakteristischen Frage: „Von wem haben Sie die Beiträge bekommen?“ Die Herren hatten bekanntlich, als der Belagerungszustand über Berlin verhängt worden war, sich freiwillig zu Unterführungen angeboten und an Freigeb, der damals die Sammlungen betrieb, auch Beiträge entrichtert. Wie man sieht, war das in der edlen Absicht geschehen, sich dadurch von ihren politischen Verpflichtungen freizukaufen. Mit den „milden Spenden“ bewandeln sie ihre politische Zeitleit. Es entspricht das übrigens vollständig den Grundgedanken des Liberalismus. Auch den staatssozialistischen Projekten gegenüber kennt er nur die Phrase, man dürfe dem Arbeiter nicht von einem Rechte auf Unterführung sprechen, die Wohlthätigkeit müsse eine freiwillige sein.

Was Herr Hänel sonst gegen die Handhabung des Sozialistengesetzes vordachte, war mehr wie matt, Herr Lasker, sonst bekanntlich nicht unser Freund, sog viel energischer gegen Herrn Puttkamer zu Felde und setzte denselben in Bezug auf die Konfirmation von Stimmzetteln und Wahlangeigen ganz gehörig auf den Sand.

Nach Puttkamer sprach von unserer Seite Bischoff. Mit Ausnahme der in unserem Leitartikel gerügten Stelle haben wir an seinen Ausführungen nichts auszusagen. Derselben behandelte in dem Hinweis auf die absolute Wirkungslosigkeit aller gegen uns unternommenen Maßregeln. Da Herr Puttkamer auch den Leipziger Hochverrathprozess gegen uns auszuspielen versucht hatte, so nahm sich Genosse Frohne nunmehr diesen beim Widel und kennzeichnete die Mandate von Polizei und Richterthum bei der Konfirmation dieses Konstreprozesses mit scharfen Worten. Die Zeitungen gehen über Frohne's Rede sehr kurz hinweg; daß dieselbe aber eingeschlagen hat, geht aus der sehr gereizten Antwort Puttkamer's hervor.

Die Hocherwürde, welche der Dizebiemars an dem edlen Kumpf vorzunehmen versuchte, mißlang kläglich. Ob die Herren Reichsgerichtsräthe bei der Belegenheit ihre Theil abdelkommen haben, ist aus den Zeitungsberichten gleichfalls nicht zu ersehen. Als Genosse Stolte sprach, vollführten die Herren Reichsboten einen Heidenlärm, so daß von seinen Ausführungen kein Wort an die Öffentlichkeit gedrungen ist.

Im Ganzen ist die Debatte sozialistischerseits unserer Meinung nach nicht so geführt worden, wie es die Situation erforderte. Es ist das wohl auf dem Umstand zurückzuführen, daß eigentlich Lieblincht von der Fraktion bestimmt worden war, neben Hasenclever den Kampf zu führen. Unglücklicherweise hatte nun Lieblincht, der jetzt abwechselnd in Berlin und Dresden (in der sächsischen Kammer) und auf einem Dorje zwischen Dresden und Leipzig sich aufhält, nicht rechtzeitig von der Festlegung der Debatte auf den 9. November unterrichtet werden können und mußten daher die obengenannten Genossen, ohne mit dem gehörigen Material versehen zu sein, in die Breche springen. Zumwärtigen ist das Sünderegister, welches unsern Gegnern vorgehalten wurde, ein so großes, ihre Verteidigung dagegen eine so hinwällige gewesen, daß der moralische Sieg trotzdem unzweifelhaft auf unserer Seite ist, denn die Thatsache ist von allen Seiten festgestellt worden, daß die deutsche Sozialdemokratie allen Verfolgungen ungeachtet noch ungebrochen dastekt.

Klassen an, eine „freie“ Gruppe und Kommune nach der anderen vernichtend. Und zugleich erheben sich die Anhänger des geführten Systems und organisiren die Reaction im Bereiche der Revolution.

Was thun?
Man organisirt eifrig, was man verpört, eine Armee gegen den äußeren Feind, eine Polizei gegen den inneren und eine Bureaunkratie, um die Mittel zur Erhaltung dieser beiden aufzubringen, man legt einen Wohlfahrtsanstoß, oder wie man das Ding heißen mag, also eine Regierung ein, kurz man thut Alles, was eine herrschende Klasse thut, um ihre Herrschaft aufrecht zu halten und — der Staat ist wieder da.

Wenn die erste That der Revolution darin bestände, den Staat zu vernichten, so würde ihre zweite im Interesse ihrer Selbsterhaltung darin bestehen müssen, den Staat wieder aufzurichten.

Nehmen wir an, ein Freischarenkorps habe Alles, was es brauche, um freigeich zu sein, nur keine Artillerie. Endlich gelingt es, nach rügenden Verlusten, eine Batterie zu erobern. Was thut man? Kupfert die Kanonen umzuwerfen und gegen den Feind zu richten, verunglückt man sie — damit sie Niemandem mehr schaden können! Diese verunglückte Logik ist Anarchistenlogik.

Die proletarische Revolution wird nicht erst dann siegreich sein, wenn alle anderen Klassen neben dem Proletariat verschwunden sind und in Folge der Attraktionskraft der Kapitalism dem gesammten Proletariat nur mehr ein einziger Kapitalist gegenübersteht, diese Revolution wird vielmehr eintreten, sobald das Proletariat vermöge seines Opfermuthes, seiner Begeisterung, seiner Organisation und Disziplin das Uebergewicht über die anderen Klassen erhält. Der Sieg des Proletariats involviret noch nicht das Verschwinden aller Klassengegensätze. Die kommende Revolution wird vorerst das Proletariat nicht zur einzigen, sondern zur herrschenden Klasse erheben; der Gegensatz zwischen Herrschern und Beherrschten wird bleiben, und daher wird das Proletariat auch eine Regierung notwendig haben, welche als Werkzeug der herrschenden Klasse die beherrschten mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln im Zaume hält.

— Klassenjustiz. Unsere „Verursrichter“ wetteifern mit den Bourgeois-Geschworenen, den Beweis zu liefern, daß die „Justiz“ in Prozessen, welche das politische und soziale Gebiet betreffen, zu einem Mittel der Klassenherrschaft, zu einem Werkzeug brutalster Unterdrückung geworden ist. Das vorige Mal hatten wir das infame Verdikt der Dresdener Geschworenen — heute haben wir das in seine Erkenntniß des Reichsgerichts in dem „Hochverrathprozess“ gegen Binger! Ein „Hochverrathprozess“! Der neueste ist fast noch standhafter als der erste. Das Ansehen eines Flugblattes — denn nun Weiteres handelt es sich selbst nach der Anklage nicht — soll Hochverrath sein! Das ist ja ein geradezu schamloses Attentat auf den gesunden Menschenverstand. Im ersten Prozess hatte man wenigstens die, freilich nebelhaften und vom Inquisitionsdichter zurechtgemachten „Gruppen“; hier liegt aber absolut gar nichts vor, mit Ausnahme der Anklage des Plakats.

Was auf dem Plakat gestanden, ist sehr gleichgültig — mag der Inhalt nach so postern, nach so „revolutionär“ gewesen sein — allein wo steht der „Hochverrath“, wo kann er stehen? Bei Hochverrath, soweit dieser Begriff überhaupt einer Definition fähig ist, muß eine konkrete, bestimmte That vorhanden oder beabsichtigt sein — die allgemeine Aufforderung zum Sturz der Staatsgewalt u. s. die allgemeine Befürwortung der Revolution mag alles Mögliche sein, nur ist es kein Hochverrath.

Hat also das Reichsgericht durch seine Verurtheilung des Binger der Rechtswissenschaft ins Gesicht geschlagen, so hat es durch das Urtheil selbst auch die einfachsten Forderungen der Humanität und Gerechtigkeit schamlos mit Füßen getreten, indem es auf die unerhörte Strafe von drei Jahren Zuchthaus erkannte.

Von der exorbitanten Höhe der Strafe sei hier gar nicht geredet. Aber Zuchthaus! Das heißt Ehrlosenerklärung. Denke man von Binger was man wolle, wer hat ein Recht, ihm ehrlöse Gesinnung zuzuschreiben? Das angelegte Flugblatt mag noch so albern, noch so geschmacklos, unferweges noch so roh gewesen sein — war das Ankleben eine ehrlöse Handlung? Ist es nicht ganz willkürlich, vorauszusetzen, Binger sei von anderen, als von ehrenhaften Motiven befehl gewesen? Ist es denn etwa unmännlich, daß ein Proletarier über die heutige Weltordnung empört ist und seiner Empörung in leidenschaftlicher Weise Ausdruck gibt? Wir sollten meinen, das Gegenheil sei unmännlich.

Die Ehrlosenerklärung Binger's fällt auf das Reichsgericht zurück. Das Reichsgericht hat seine eigene Ehrlosenerklärung beschlossen. Nicht Binger ist ehrlös, sondern das Reichsgericht. Jeder Mann von Ehre wird uns hierin beistimmen. Es zeugt von niederträchtiger Gesinnung, wenn man den politischen Gegner, weiß er Gegner ist, als ehrlös hinstellt. Und wenn der oberste Gerichtshof des Landes, der vor Allem ein Hort des Rechts und der Gerechtigkeit sein sollte, dies thut, dann ist es der Gipfel der Niedertracht.

Das deutsche Reichsgericht scheint es wirklich darauf abgesehen zu haben, sich moralisch zu diskreditiren und vor Europa und der gebildeten Welt mit Schande zu bedecken. Bervunderlich ist das nicht. Der heutige Staat und die heutige Gesellschaft sind in solchem Widerspruch mit den Prinzipien der Gerechtigkeit, daß die „Gerechtigkeit“, welche sie unter dem Namen „Justiz“ offiziell proklamiren und ausüben, das diametrale Gegenheil der wahren Gerechtigkeit sein muß. Die Regierungen sind sich dessen auch vollkommen bewußt, und wo sich irgend ein Jurist findet, der durch Servilität und Gemeinheit (Abdolatur des Prärgels durch einen Mittelstätt u. s.) über das Gros seiner Kollegen hervorsticht, so wird er an's Reichsgericht berufen.

Das Reichsgericht wurde bekanntlich nach Leipzig verlegt, um dem Einfluß der Berliner Hof- und Kriminaljustiz entzückt zu sein. Nun, diese Verlegung war eine höchst überflüssige Mäße.

Die korrupte Luft der Höfe und Kabinete verpestet das ganze Reich und ist in der großen Seehaft Leipzig genau ebenso giftig und abherrlichend wie in der Reichshauptstadt Berlin. Deshalb werden diejenigen, welche die Ueberbedeutung des Reichsgerichts nach Berlin fordern, auch schwerlich an viel Widerstand stoßen. Schwürigere Hochverrathprozesse, als die beiden, welche es bisher verhandelt hat, bringt das Reichsgericht auch in Berlin, an der Quelle der Korruption, in der unmittelbaren Nähe des Herrn Bismarck, nicht zu Stande. Das steht fest.

— Preussisches aus Baden. Genosse D. Lehmann in Pforzheim ist wegen angeblicher Verbreitung sozialistischer Flugblätter am 10. Dezember zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Ueber die fortgesetzte Infamie, mit welcher das Ordnungshandlenthum in Pforzheim gegen unsern Genossen vorgegangen ist, um ihn materiell zu Grunde zu richten, werden wir, sobald es der Raum unseres Blattes gestattet, einen eingehenden Bericht veröffentlichen. Er wird einen drastischen Beitrag zu dem Thema, „wie man den kleinen Belagerungszustand unnöthig macht“, liefern.

— Mit der Firma „A. Hertzer, Wiesbad-Büch.“ war in Wien (Sachsen) ein Wahlflugblatt gedruckt, welches zur Wahl Bebel's in Dresden aufforderte und seinen Inhalt nach gesetzlich unanreißbar war. Die Regierung war nichtskeweniger oder vielmehr gerade deshalb sehr entrißet, denn ihre Handlanger haben mit großer Mühe und mit den abgeheimtesten Spießbübereien die Buchdruckerei von Zumbusch in Dresden zu Grunde gerichtet, damit keine Wahlaufrufe gedruckt werden können, und nun findet sich doch ein Geschäftsmann, der die Sozialdemokraten für Geld bedient! Das verdiente Rache. Der Buchdrucker wurde dem Dresdener Landgericht zum Prozeß vorgeworfen und es hätte an ihm sein Rühchen, indem es ihn wegen der falschen Firma zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, während sonst in gleichen Fällen stets nur auf 10 M. Geldstrafe erkannt wurde. Auf solche Weise

Dies mag sehr undemokratisch klingen, aber die Nothwendigkeit wird uns dazu zwingen.

Das industrielle Proletariat als herrschende Klasse ist aber ein Widerspruch, der selbst zu seiner Auflösung drängt. Das siegreiche Proletariat kann nur zweierlei thun: entweder es eignet sich die Kapitalisten an und macht die bisher herrschenden Klassen zu seinen Anckten; dies wird von gelehrten und ungelehrten Feiern als das Ziel unserer Bewegung hingestellt, obgleich schon die geringe Zahl der Beherrschten im Vergleich zu der der Beherrschten das Abfärde einer solchen Behauptung darlegen sollte. Die Unmöglichkeit dieses uns nun unsern Gegnern untergeschobenen Jales braucht hier wohl nicht weiter angeführt zu werden. Ist aber dies unmöglich, so kann das siegreiche Proletariat seine Macht als herrschende Klasse nur dazu benutzen, die Klassenunterschiede möglichst rasch zu beseitigen.

Eine revolutionäre proletarische Regierung kann in ihrem Vorgehen den anderen Klassen gegenüber also nur einen Zielpunkt haben: den, dieselben nicht zu inekten, sondern aufzulösen. Die Klassen, deren Interessen denen des Proletariats diametral entgegenstehen, das große Kapital und der große Grundbesitz, werden direkt vernichtet, d. h. ihr Besitz unmittelbar zum Eigenthum der Gesamtheit gemacht werden müssen, was auch ohne Köpfen der Besitzer möglich ist, da der Besitz die angenehme Eigenschaft hat, mit der Person des Besitzers nicht unzerrennlich verbunden zu sein. Mit dem kleinen Grundbesitz und dem kleinen Kapital wird man verfahren, je nachdem sie sich zu uns stellen, wahrscheinlich durch einen Kompromiß ihrer Auffassung durch die herrschende Klasse anbahnen.

Dies wird die Aufgabe der revolutionären Regierung sein, welche sie erforderlichfalls wird mit Gewalt durchsetzen müssen. Daß diese Aufgabe nicht mit einem Schläge gelöst werden kann, daß die Mittel zu ihrer Durchföhrung je nach den politischen, sozialen und technischen Verhältnissen wechseln müssen, ist klar. Wie aber auch immer diese Verhältnisse sich gestalten mögen, eines ist sicher: Die Interessen des Proletariats erfordern es, daß es so schnell als möglich die anderen Klassen auflange. Je länger das Proletariat herrschende Klasse ist, desto weniger wird es herrschende Klasse sein. Bis schließlich alle Klassenunterschiede verschwunden sind.

*) Unter Revolution hier jede Gewalt verstanden, die uns an's „Nude“ bringt.

will man verhindern, daß sich noch jemand findet, der für uns drückt, während man froh sein sollte, daß wir unsere Letztern noch immer nicht in Kugeln umgießen.

In Dresden und Chemnitz fanden dieser Tage die Stadtverordnetenwahlen statt. Das sächsische Wahlrecht sorgt selbstverständlich dafür, daß fast nur Vollblut-Philister sich beteiligen dürfen bei der Wahl der Gemeindevorsteher. Dennoch hatten unsere Chemnitzer Genossen eine Wahlliste aufgestellt und dieselbe hat trotz aller Klünseln und Beschränkungen des Wahlrechts 750 Stimmen erhalten, während wir es in früheren Jahren, vor dem Sozialistengesetz, dort bei diesen Wahlen höchstens auf 200-300 Stimmen bringen konnten. Das ist ein neuer Schlag gegen das Sozialistengesetz.

In Dresden war unsererseits von Beteiligung an der Stadtverordnetenwahl abgesehen worden, da jeder positive Erfolg ausgeschlossen erschien. Die Dresdner Philister waren also unter sich. Und was taten sie? Sie wählten inden einer Anzahl von Jahresglichen auch den Staatsanwalt Lufft, den großen Sozialistenfeind, und den Landgerichtsdirektor Wengler, also zwei echte Bläthen der sächsischen Justiz, in das Kollegium.

Staatsanwalt Lufft ist derselbe, der den Genossen Kayser durch eine erlogene, völlig an der Luft gegriffene Anklage vorigen Sommer ins Gefängnis brachte. Er lag nämlich den Richtern vor, Kayser habe durch Herausgabe einer Nummer des „Deutschen Tageblatt“ die verbreitete „Dresdener Abendzeitung“ fortgesetzt. Nach monatelanger Untersuchung stellte sich heraus, daß ein solches „Deutsches Tageblatt“ niemals gedruckt worden und niemals erschienen war, und daß zwar ein „Dresdener Tageblatt“ herauskommen sollte, aber dieses Projekt noch so fern von der Ausführung war, daß der Staatsanwalt mit dem besten Willen den Ziel nicht erreichen konnte. Und er klagte an, daß das Blatt erschienen sei, bloß um die Entsetzung Kayser's von der Landtagsabgeordnetung zu bewirken. Und diesen Kläger wählt man als Stadtverordneten!

— Noch einige „Pyrrhusliege“. In Sorau-Fork ist bei der Nachwahl unsere Stimmenzahl von 2056 auf 2381 gestiegen, in Jserlohn, wo wir bei der Hauptwahl noch nicht 200 Stimmen aufzuweisen hatten, erhielt bei der Nachwahl Genosse Oppenheimer über 430 Stimmen. Das ist für einen so industriellen Kreis zwar nicht viel, aber es zeigt doch die erhöhte Stimmung unter den Genossen an.

— Die Wahlakten des vierten Berliner Wahlkreises sind von unseren Abgeordneten geprüft worden. Das Ergebnis ist: unter den für ungültig erklärten Stimmzetteln befinden sich etwa dreißig, die Bebel's Namen enthalten, und nach dem Wahlergebnis, sowie nach der früheren Praxis des Reichstages für gültig erklärt werden müssen. Es befinden sich auf der anderen Seite unter den ungültig erklärten Stimmzetteln aber auch mehrere für Träger, die aus dem gleichen Grunde für gültig erklärt werden müssen. Durch die Gültigkeitserklärung der mit Unrecht falschten Stimmzettel wird also die Differenz von 51 zwischen Bebel's und Träger's Stimmenzahl nicht ausgeglichen, und für Bebel nicht eine Majorität geschafft. Ob sonstige Unregelmäßigkeiten, deren der Wahlprotokoll erwähnt, von so erheblicher Natur sind, daß sie zur Ungültigkeitserklärung der Wahl führen müssen, muß erst untersucht werden. Unter solchen Umständen ist an die Einberufung Bebel's an Stelle Träger's nicht zu denken und zunächst nur eine Beanstandung der Wahl im vierten Berliner Wahlkreis zu erwarten. Eine Beanstandung hat aber für den betroffenen Abgeordneten bis zur definitiven Beschlussfassung, die sich bis zum Ende der Legislaturperiode hinauszuziehen kann, absolut keine Folgen.

— Die Nachwahl in Mainz ist für uns anscheinend nicht sehr günstig ausgefallen, Genosse Bebel kommt mit dem Fortschrittler Philipp in Stichwahl. Ersterer erhielt 5503, Letzterer 6485 Stimmen, der ultramontane Kandidat Frank 4864 Stimmen. Die national-liberal-fortschrittlich-volksparteiliche Klique ist uns diesmal im Vorprung, indes war ihre Agitationsweise eine so gemeine, daß die hart demokratisch gestimmten Mainzer Katholiken bei der Stichwahl schwerlich für die Herren ins Fener gehen werden. Eine der gemeinsamen Intrigen dieser unter der Protektion des Herrn Sonnemann stehenden Klique war das Arrangement der angeblich von den Sozialisten gesprengten Wähler-versammlung vom 4. Dezember. Der Saal, in welchem diese Versammlung stattfand, ist Eigentum der Stadt Mainz und wird nur zu allgemeinen, nicht aber zu Parteiveranstaltungen hergegeben, in Folge dessen hatten sich unsere Genossen sehr zahlreich eingefunden, wie ja die sozialistischen Arbeiter überhaupt jeztmal mehr Interesse und Verständnis für das politische Leben haben als die Bourgeoisie. Die Versammlung war auf 2 Uhr Nachmittags einberufen, da der Saal nicht beleuchtet wird, mußte sie also bei Eintritt der Dunkelheit, d. h. in der jetzigen Jahreszeit um 4 Uhr angefaßt, geschlossen werden. Darauf spekulierte nun die laubere Gesellschaft und zog die Eröffnung so lange als nur möglich hinaus. Philipp's Kandidatensprache wurde von der Versammlung durchaus ruhig entgegengenommen, denn die Sozialisten, welche ihre Pappentheimer kennen, hatten ausdrücklich sich das Wort gegeben, auch nicht den Schein einer Störung aufkommen zu lassen. Träger, der nach Philipp sprach, manifestierte aber so offen das Bestreben, die Versammlung hinzuziehen, indem er immer wieder von Neuem ansaholte, daß schließlich seine eigenen Leute ungeduldig wurden. Als es endlich schien, daß er schließen wollte, fing Bebel auf das Bureau und meldete sich zum Wort. Kaum war Bebel wieder herunter, so stand ein Herr vom Bureau auf, flüßerte Herrn Träger leise in's Ohr und — dieser fing wieder von vorne an. Die Absicht lag zu klar am Tage,

Je mehr aber die Klassenunterschiede verschwinden, desto mehr schwindet auch die Macht der Regierung; sobald keine Klassenunterschiede mehr existieren, ist auch die Regierung verschwunden und an ihre Stelle eine Verwaltung getreten. Die ganze Tätigkeit einer proletarischen Regierung muß darauf abzielen, sich selbst immer mehr entbehrlicher zu machen.

War Ranher hat freilich Angst vor einer solchen Regierung, welche dem „Volke“ gegenüber ihre Macht ebenso mißbrauchen könnte, wie es alle andern bisher getan. Möge sich die „Autorität“ revolutionäre Diktatur nennen oder Kirche, Monarchie, konstitutioneller Staat oder Bourgeoisrepublik. . . wir verabsichtigen und verwirren sie aus gleichem Grunde — als unsehbare Quellen der Ausbeutung und des Despotismus.

Diese Anschauung kann nur dort festen Fuß fassen, wo die irrtümliche Ansicht herrscht, der Staat beruhe auf dem Gegensatz zwischen „Volk“ und Regierung, einer Regierung, welche ganz wunderbare mystische Kräfte besitzt, und einem Volke, welches ganz unglücklich sein und dumm ist, um sich von diesem geheimnisvollen Wesen Regierung freisetzen zu lassen.

Wir wissen aber, daß die Regierungen ihren Stützpunkt in den herrschenden Klassen haben, als deren Werkzeuge sie dienen, weshalb sie auch, nebenbei erwähnt, durchaus nicht so leicht zu fällen sind, als Mancher glaubt; nur dort, wo mehrere herrschende Klassen nebeneinander existieren, von denen keine fast genug ist, für sich allein zu herrschen, kann die Regierung durch eine kluge Schaufelpolitik jeder derselben eine gewisse Autorität entgegenzusetzen, so lange sie die gemeinsamen Interessen der Herrschenden nicht außer Acht läßt. Eine Klasse oder Klasse dagegen, welche eben die Herrschaft errungen hat, welche in ihrer vollen Jugendkraft dasteht, läßt eine solche Autorität nie aufkommen, die Regierung bleibt stets ihr ergebene Werkzeug.

Die Furcht vor der Autorität ist ein Zeichen der Schwäche, sie zeigt sich nur bei Klassen, welche wissen, daß sie zur Herrschaft nicht mehr fähig sind. Wo die sozialistische Bewegung sich aus der Arbeiterbewegung entwickelt hat, finden wir auch keine Spur der Furcht vor der Autorität. In lächerlichem Maß macht sie sich dagegen dort breit, wo

als daß die Masse der Versammelten — die Mainzer sind ohnehin ein heißblütiger Volk — nicht die Geduld hatten verlieren müssen, und verschiedene Schlagfrüße erlitten. Die Führer der Liberalen riefen „Weiterreden“, was ein kleines Durchhinhalten zur Folge hatte, welches indes durchaus keine außergewöhnliche Dimensionen annahm. Herr Träger sprach weiter, die Versammelten hörten aber nicht mehr zu, sondern sangen an, leise mit einander zu disputieren — so wurde Bebel von einigen Liberalen, die neben ihm saßen, interpelliert, als plötzlich in allgemeiner Ueber-raschung der Ruf ertönte: Die Versammlung ist geschlossen! Die Liberalen hatten ihr Ziel erreicht, ihre Redner hätten gesprochen, Bebel war nicht zur Antwort gekommen, und sie konnten durch die ihnen zur Verfügung stehende Presse — die saubere Frankfurterin voran — von Vergewaltigung durch die Sozialisten schreiben, d. h. den Sachverhalt verzerren, worin die Herren bekanntlich Meister sind. Und nun ging das Verläumdung los, nach der bekannten Erfahrung, daß immer etwas hängen bleibt. Das ist der „lokale“ Kampf der fortschrittlichen völksparteilichen Wiederwärtler, die mit der Versicherung, daß es unehrenhaft sei, Beschloß anzugreifen, ihre Varnernäherrede beginnen, um dann mit der Beschuldigung eines Völksparteilichens, zu verkommen und zu beschimpfen. Ein Plut über diese Gesellschaft!

— Aus Oesterreich. Ueber acht-hundert Menschen verbrannt, das ist die Schreckensnachricht, welche uns aus dem Lande der Korruption jagt. Von einem „Unglück“ kann man bei dem Brande des Wiener Ringtheaters nicht mehr reden, hier liegt ein Verbrechen vor, wie es nur je eines gegeben hat, und wie der Massenmord in der heutigen überaus moralischen Gesellschaft stets straflos ist, so werden auch diesmal die Verbrecher, welche den grauenhaften Tod auf dem Gewissen haben, straflos ausgehen; denn sie gehören ja nicht dem niederen Volke an, es sind Mitglieder der „guten“, der „besseren“ Gesellschaft, welche das herzbrechende Elend verschuldet haben, es ist vor Allem die heilige Polizei, die stets bei der Hand ist, Staat und Gesellschaft da zu retten, wo sie die Rechte des Volkes mit Füßen treten kann, die aber ihre ganze Unfähigkeit und Kopslosigkeit an den Tag legt, wo es gilt, wirklich zu retten und Unheil zu verhüten. Und das Unheil konnte verhütet, konnte auf den bloßen Verlust von Sachen reduziert werden, wenn die Herren von der Polizei, die Herren Sachverständigen ihre Schuldigkeit getan hätten. Die Feuergefährlichkeit des Ringtheaters war bekannt, die Versicherungsgesellschaften hatten die Versicherung des Inventars rühmlich abgelehnt; die Behörden hatten es aber nicht für nötig erachtet, in dem der Gründerzeit entsprossenen Gebäude die unerlässlichen Aenderungen vorzuschreiben. Hunderte hätten sich retten können, wenn die Ausgänge aus den Gallerien — wer denkt auch an das Galleriepublikum! — wo die Plätze am engsten, der Gallerie daher am stärksten ist, nicht über alle Begriffe mangelhaft gewesen wären, ebensoviel gerettet werden können, wenn die ganze Weisheit der Polizei im entscheidenden Moment sich nicht lediglich darauf beschränkt hätte, unter dem Vorwande, „es ist Niemand mehr drinnen“, diejenigen, welche retten wollten, zurückzuhalten, während drinnen die Noth am größten war. Die Herren Polizisten, welche amlich im Theater waren, hatten es ja auch nicht der Mühe für werth gehalten, nach den Nothlampen zu sehen!

Mit einem Wort, wo so leichtfertig und sorglos das Leben vielen Hunderten preisgegeben wird, da ist es nicht erlaubt, von Unglück zu reden, da gibt es nur ein Wort: Verbrechen!

Jezt wird aller Orten für die Hinterbliebenen der armen Opfer gesammelt, das Mitleid wird angerufen, manches materielle Elend wird gelindert werden, die gerechte Entrückung aber, welcher anfangs allgemein Ausdruck gegeben wurde, wird verrauchen, die alte Wirtschaft wird nach kurzer Unterbrechung von Neuem beginnen, die Polizei wird wieder heilig und unantastbar erklärt werden und es als ihre Hauptmission betrachten, den freien Gedanken zu unterdrücken, die unabhängige Kritik der sozialen Schäden unmöglich zu machen, auf daß unsere herrliche Gesellschaftsordnung um keinen Preis erschüttert werde.

Der Wiener Polizeipräsident, Ritter von Rar, ist auf Urlaub gegangen. Man mußte doch dem Unwillen des Volkes eine Konzeption machen.

— Aus Ungarn wird gemeldet, daß der radikale Deputierte Otto Herrmann bei der Debatte über den Anleihevertrag mit Serbien mannhaltig für das Recht der unterdrückten Völker eingetreten sei, sich ihrer Tyrannen, wenn nötig, mit Gewalt zu entledigen. In Zeiten, wo es Mode wird, ohne Noth Loyalität zu heucheln, ist so etwas sehr anzuerkennen.

— Russisch-Frisches aus der „freien“ Schweiz. In der hiesigen Maschinenbauanstalt „zur Neumühle“ gibt es unter den Arbeitern, konnte man vor wenigen Tagen in der Züricher Lokalpresse lesen, es haben Aufsammlungen vor dem Fabrikgebäude stattgefunden und Drohrufe gegen den Direktor der Fabrik wurden ausgehoben. Die liberal-konservative Presse fügte noch einige Bemerkungen über die „übertriebenen Klagen der Arbeiter“ hinzu, die demokratische Schweiz. Ein Freund unseres Blattes nun hat am letzten Sonntag eine Privatnote bei den Arbeitern des „welterühmten“ Institutes — Escher, Wyss und Kompagnie ist die Firma — unternommen, und die Thatsachen, welche er da zu hören bekam, sind allerdings geeignet, das samstagsmüde Gemüth in Eröhrung zu versetzen.

Die Lage der Arbeiter in dieser Anstalt war nie eine besonders glänzende, als ein Beispiel, mit welcher Rücksichtslosigkeit gegen dieselben vorgegangen wird, mag die Thatsache dienen, daß man vor 4 Jahren die Vorkasse als ein überflüssiges Möbel verkaufte. Neuerdings scheint man auch die Heizung für überflüssig zu halten, denn schon zu Anfang

die sozialistische Bewegung eine Fortsetzung des bürgerlichen Radikalismus bildet. Die Bourgeoisie hat allerdings Grund genug, die Autorität zu fürchten.

Die deutsche Sozialdemokratie zeigt deutlich, daß die Arbeiterklasse ihre „Führer“ bloß als ihre Werkzeuge betrachtet. Den anderen Klassen gegenüber können sie mit der ganzen Macht auftreten, welche die organisierte Arbeiterklasse besitzt; innerhalb der Partei gilt ihre Autorität nur so lange, als sie den Willen derselben verstehen und zum Ausdruck bringen.

Wer behauptet, die „Führer“ seien es, welche die deutschen Arbeiter auf „falsche“ Bahnen leiten — in „geschliche“ oder in „ungeschliche“ — der spricht von Dingen, die er nicht versteht, oder er ist ein Schurke. Vom „Berühren“ der armen „bedürftigen“ Klassen durch arglistige „Autoritäten“ zu reden, die von den „Arbeitergroßen“ leben, ist eine echte Bourgeoisphrasen, möge sie auch von noch so weit links Stehenden nachgeschlappert werden.

Noch bildlicher als die Angst vor der Autorität einer „Regierung“ ist die Angst vor einer geistigen „Autorität“, vor der Herrschaft des Genies. Daß das Genie einen Einfluß ausübt, welcher über den Einfluß gewöhnlicher Menschen hinausreicht, ist unbestreitbar, aber es ist ein großes Mißverständnis, wenn nicht schlimmeres, diesen Einfluß des Genies gleichzusetzen dem Einflusse einer kirchlichen Autorität, das Genie mit dem Titel eines Papstes zu beehren. Vor der kirchlichen Autorität beugt sich der Mensch um so mehr, je unwissender er ist, wödingegen das Genie auf die Ignoranz nicht den mindesten Einfluß hat. Je mehr wir uns entwickeln, je mehr unser Wissen und unsere Kraft des selbstständigen Denkens steigt, desto mehr sinkt der Einfluß der Kirche an uns, desto mehr lernen wir das Genie achten und bewundern. Je höher wir selbst stehen, desto höher erscheint uns das Genie. Einen Götz 3. B. bewundern wir umso mehr, je tiefer wir selbst werden. Aber diese Hochachtung des Genies ist keine Klassenache, sondern eine freiwillige, eine fröhdige und selbstbewußte. Sie beruht nicht auf der Unterwerfung unter das Genie, sondern auf der Erkenntnis desselben. Sein Einfluß wächst mit der fortschreitenden Intelligenz der Völker. Die geistige „Autorität“ wird also durch den Sozialismus nicht zurückgedrängt, sondern gebildet; sie ist nicht ein Zeichen des

dieses Jahres hatten die Arbeiter über Käste in den Arbeitsräumen bitter zu klagen, und Frostkalen und dergleichen waren nicht Ausnahmen, sondern Regel. Freilich, wenn die Herren im Paletot mit angefülltem Krug die Arbeitsfälle betreten, dann spüren sie die Kälte nicht. — Das Fabrikstatut gleicht einem Zuchthausreglement auf ein Haar, es wimmelt darin von Strafen aller Art. Und nur dem Umstande, daß es bisher in einzelnen Punkten etwas las gehandhabt wurde, ist es zu verdanken, daß die Arbeiter nicht längst sich gegen dasselbe empört haben.

Seidem aber vor ca. 3 Monaten ein neuer Direktor, ein pensionierter preuß. Marineoffizier, angeheilt worden ist, geht das Schicksal doppelt und dreifach los. Den Geist dieses Chlancurs kennzeichnet die Thatsache, daß eine seiner ersten Maßregeln die Ausdehnung des Rauchverbotes von den Fabrikgebäuden auf den Hofraum war, d. h. den Arbeitern, die sich vor Beginn der Arbeitszeit einstellen, wird es verboten, in der Zwischenzeit ihre Zigarre oder Pfeife auszurauchen. Dabei ließ es sich der Herr nicht nehmen, in wahrhaft empörender Weise herumzuspionieren, ob auch ja mit dem Olofenschlag das Fabrikthor geschlossen und die Arbeit begonnen werde. Die Strafgebel, welche statungemäß in die Krankenunterstützungskasse stießen sollten, werden zum größten Theil als Schadenertragegel in die Kasse der Fabrikanten abgeführt, so daß in den letzten 14 Tagen nur 12 Franken in die Kasse, dagegen über 80 Franken in die letztere geflossen sind. Die fast auf ein Minimum reduzierten Löhne (für Schlosser oder Dreher schwankt der Lohn zwischen 28 und 40 Cts. [23-32 Pfennige] per Stunde, die befestigten Affordarbeiter sehen sich auf 5-6 Franken per Tag) erscheinen dem Eblen noch zu hoch, ein Tagelöhner kann mit 1 1/2 Franken und ein Dreher mit 2 1/2 Franken ganz gut auskommen, soll er gefügt haben. Dann führte er neue Arbeitsblätter ein, welche das ganze Arbeitspersonal, die Techniker mit inbegriffen, erbittern. Als er nun noch, trotz des stottern Geschäftsganges, eine Lohnreduktion von 10 Proz. ankündigte, da stieg die Wuth auf's Aeußerste, die Arbeiter sammelten sich vor dem Gebäude an und verlangten ihn zu sprechen, jezt hielt er es aber für gerathener, nicht zu kommen. Wenn das liberale Hauptorgan, die „Neue Züricher Zig.“, neugierig behauptet, es seien nur „einige“ unzufriedene Arbeiter gewesen, so ist das Plankelei, es waren vielmehr alle Werkstätten vertreten.

Der Herr Direktor weiß das auch und führt jezt beständig Stockbogen und Revolver mit sich. „Aber davor fürchten wir uns ebensowenig als vor den drei Polizisten, die ihn stets begleiten“, sapten die Arbeiter zu unserem Genöhrmann, „hinans muß er!“

Kommt es zu irgend welchen Exzessen, so sind die Besitzer der Firma Escher, Wyss u. Cie. selbst Schuld daran, indem sie jede Organisation ihrer Arbeiter verhindern haben. Die Abwiegungsplafate aber, welche sie jezt anschlagen, versehen ihren Zweck vollständig.

— Im Kanton Zürich haben die Mitglieder des Größeren und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz nunmehr die Sammlung von Unterschriften zur Volksinitiative für Reform der zürcherischen Kantonalbank in die Hand genommen. Die Initiative verlangt:

1. Wahl des Bankrates durch das Volk anstatt wie bisher durch den Kantonsrat.

2. Ausgabe von Hypothekendarlehen, durch reale Verpfändung der Hypothek, in Abzügen von 100, 500 und 1000 Fr., vorläufig zu Fr. 3, 65 vom Hundert verzinslich und unverzinsliche in Abzügen von 5, 10 und 20 Fr., beide sollen bei den öffentlichen Kassen als obligatorisches Zahlungsmittel angenommen werden.

3. Ausdehnung des Hypothekendarlehens auf Produkte und Waaren — die Kantonalbank hätte jezt nach Bekehrnis in allen Bezirken Depots zu errichten, Waaren, Produkte, Lebensmittel, Fabrikate bis höchstens zu zwei Drittel des Schatzungswertes zu belehnen und unter gewissen Bedingungen auch deren Verkauf zu besorgen.

Von diesen Forderungen hat namentlich die zweite seitens der in Zürich weilenden deutschen Sozialisten starken Widerspruch erfahren. Auch unter den schweizerischen Sozialisten ist man, wie die „Arbeiterstimme“ mittheilt, getheilter Meinung über die praktische Durchführbarkeit und den allfälligen Werth dieser Maßregel. Es ist nicht Sache des „Sozialdemokraten“, in die internen Angelegenheiten der schweizerischen Sozialdemokratie sich einzumischen, indes glauben wir aus mehrfachen Gründen wenigstens von der obigen Thatsache Akt nehmen zu müssen.

— Aus Frankreich. Die Egalité, welche im Herbst vorigen Jahres zu Gunsten der „Emanzipation“ eingegangen war, erscheint seit dem 10. Dezember auf's Neue unter der Redaktion von Jules Guesde, Paul Lafargue, Gabriel Deville u. l. w. Die Arbeiterpartei besitzt nunmehr zwei Wochenblätter, welche sich sehr gut ergänzen können und hoffentlich gute Kameradschaft halten werden, unbeschadet gewisser Differenzen über die einzuschlagende Taktik der Partei, wie sie bereits auf dem Kongress von Reims sich zeigten. Die erste Nummer der „Egalité“ enthält u. A. einen Artikel von Paul Lafargue über die deutsche Sozialdemokratie, in welchem es am Schluß heißt:

„Eine Partei, welche wie die deutsche Arbeiterpartei unter der Befolgung nur ihre Kräfte vermehrt, beweist, daß sie fähig ist, die politische Macht in die Hände zu nehmen. Die wirtschaftliche und politische Lage Europa's und Amerika's ist sehr unsicher. Die allgemeine wirtschaftliche Krise, welche die Bourgeoisie - Oekonomisten bereits voraussehen,“) wird

*) „In dem Augustheft der „Revue des deux mondes“ hat ein Herr Eucherel-Girigny einen bemerkenswerthen Artikel über die finanzielle Lage veröffentlicht; er weist auf eine finanzielle Krise; der „Economist“ erwartet sie noch vor Ablauf der nächsten zwei Jahre. Diese Geldkrise wird lediglich der Vorläufer der allgemeinen Krise sein.“ Können sich verschiedene Leute ad notam nehmen.

Rücktrittes, sondern des Fortschrittes; sie zu beneiden zu bekämpfen oder mit der Autorität der Kirche oder Regierung in einen Topf zu werfen, ist bloß Sache der Ignoranz und derjenigen, welche selbst gern Autoritäten sein möchten, der verkommenen Genies.

Die Arbeiterklasse hat die geistige Autorität ebensowenig zu fürchten, als die von ihr selbst eingesetzten Regierung.

Die Abschaffung der Regierung und des Staates sind nicht die erste That des proletarischen Regimes, sondern die letzte Konsequenz desselben. Die Auflösung der verschiedenen Klassen in eine einzige Arbeiterklasse ist nicht das Werk eines Dekretes, sondern langer, mühsamer Arbeit; einer Arbeit, welche wiederholt auf bestigen Widerstand stoßen wird, und die demnach mit der ganzen Macht unterstützt werden muß, die dem Staate eigen ist.

Wir haben in unserem ersten Artikel gesagt: Die Lösung der sozialen Frage durch den Staat bedeutet Selbstmord des Staates. Wir haben weiter gefunden, der Staatssozialismus sei Sozialismus durch die herrschenden Klassen und für die herrschenden Klassen. Jezt haben wir gefunden, daß ohne die Macht des Staates die soziale Frage nicht gelöst werden kann: aus diesen Prämissen folgt: 1. Es ist die Aufgabe des Proletariats, den Staat nicht zu zerstören, sondern in die Hände zu bekommen. Das nächste Ziel des Proletariats geht dahin, die herrschende Klasse zu werden. Alles andere muß diesem Zweck untergeordnet werden. Politische Macht haben wir vor allem zu erheben, wirtschaftliche Verbesserungen nur in soweit, als sie der Erreichung dieses Zieles nicht im Wege stehen. In den weichen Fällen fördert die materielle Besserstellung des Arbeiters auch seine Unabhängigkeit. 2. Die Herrschaft des Proletariats hat die Durchführung des Sozialismus, der Sozialismus die Auflösung des Staates im Gefolge. Welche Formen das Gemeinwesen nach dieser Auflösung annehmen wird, soll in einem Schlussartikel untersucht werden.

Symmachos.

mit einer politischen Krise verbunden sein. Der Tod des deutschen Kaisers oder des russischen Zaren kann sie in jedem Augenblick zur Folge haben. Die deutschen Arbeiter stehen auf dem Plage. Und wir? Wir beschließen Freiheitsspielen.

Um eine Demonstration für das Frauenstimmrecht zu veranstalten, hat die Arbeiterpartei bei einer Nachwahl zum Pariser Gemeinderath, die sehr begabte und verlässliche Propagandistin Leonie Konjode aufgestellt, indem nur eine geringe Stimmenzahl erzielt. Ein besseres Resultat dürfte sie bei der Nachwahl zur Deputiertenkammer im 18. Arrondissement von Paris erzielen, wo der Mechaniker Joffrin, Delegirter am Churer Sozialistenkongress, kandidirt. Derselbe hat bereits in mehreren allgemeinen Wählerversammlungen mit großem Erfolg gesprochen. Sein Hauptgegenstand ist der von Clemenceau protegirte sozialistische Radikale Pesson. Die Wahl findet am 18. Dezember statt.

Herr Gambetta möchte gern Bismarck nachahmen und den Allmächtigen spielen, fällt aber dabei gewöhnlich rein. Seine Placate werden mißmuthig und wollen nicht mehr Ordre pariren. So selge sie sind, so süßlich sie doch, daß Gambetta ihr Geschöpf ist und nicht umgekehrt. Und die Arbeiterpartei ist noch so schwach, um ihnen Furcht einzujagen, weshalb sie sich ein bißchen Radikalismus leisten können.

— Aus Irland. 520 „agrarische Gräueltaten“ sind im November in Irland verübt worden, meldet der amtliche Bericht. In 72 dieser „Gräueltaten“, die näher bezeichnet werden, gehören auch 7 Mordthaten. Was mögen erst die 448 nicht näher angegebenen „Gräueltaten“ schrecklich gewesen sein! Uebrigens wollen wir damit nicht sagen, daß die Lage in Irland für John Bull nicht mit jedem Tage ärger wird. Die Iren legen eine verteilte Hartnäckigkeit an den Tag und zwingen Gladstone, eine immer größere Polizei- und Militärgewalt nach der grünen Insel zu senden. Keinen größeren Gefallen könnten sie jetzt den Engländern thun, als eine allgemeine Erhebung zu proklamiren, aber sie sind nun einmal nicht so „revolutionär“, sich abzuschlagen zu lassen. Sie wissen, wie sie ihren Feinden am besten beikommen.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemafregelten nicht!

Korrespondenzen.

— Augsburg. Auch wir können einen Beitrag zur Geschichte der freien Wahl in Deutschland liefern. Kurz vor der Wahl wurde bei Genosse Merkel Hausdurchsuchung gehalten. Gefunden wurde gar nichts Verbotenes, doch ließ die Polizei sich die Gelegenheit nicht entgehen, 3000 vorgefundene Stimmzettel zu beschlagnahmen. Nach Beendigung des Hausdurchsuchung kamen zwei Polizisten und forderten Merkel auf, zum Richter Herr Meißner zu kommen. Auf seine Entgegnung, er werde im Laufe des Tages kommen, wurde ihm gesagt, daß er sofort mitkommen müsse. Er wurde sofort verhaftet, ohne daß man ihm einen Haftbefehl gezeigt hätte und sich heute noch. Nachdem Merkel verhaftet war, fing die Hausdurchsuchung von Neuem an. In Abwesenheit seiner Frau wurde die ganze Wohnung umgekehrt und der später dazu kommende Frau gedroht, daß man den Fußboden aufreißen würde, wenn sie den Verhaft der Flugblätter nicht angebe. Endlich wurden in einer der Wohnungen Merkels gegenüberliegenden Brauerei zwei Polizisten eingelassen, welche auf jeden Fußboden mußten, der im Hause aus- und einging. Erfolgen wird nach der ganzen Geschichte gar nichts. Die Polizei hat sich nur wieder einmal gründlich blamirt und in ihrer ganzen blödsinnigen Brutalität gezeigt.

— Aus dem Wahlkreis Alzen-Bingen. Zum ersten Mal stellen wir hier einen eigenen Kandidaten, den Genossen Aug. Bebel, an und vereinigen auf denselben 335 Stimmen. Unser Wahlkreis besteht aus 99 Orten, welche in 95 Wahlbezirke eingetheilt sind. Wir haben nur in den Orten Wörrestadt, Heidesheim, Gau-Algesheim, Nieder-Jugheim und Gauheim untereinander in Verbindung. Wörrestadt liefert 79, Heidesheim 36, Gau-Algesheim 25, Nieder-Jugheim 8 und Gauheim 4 Stimmen. Gewiß von den drei ersten Orten ein schönes Resultat, Kugheim liefert uns Bingen, der größte Ort im Wahlkreis, 37 und ein anderer Ort, Welgesheim, 13 Stimmen. Wir hatten keine Ahnung, daß uns von beiden Orten solch ein Zuwachs würde. Gegen die übrigen Wahlkreise der Sozialdemokratie ist unser Erfolg freilich gering, doch ist Aussicht vorhanden, daß die Genossen in unserem Wahlkreis einander aufsuchen und mit einander in Verbindung treten werden, denn außer den fünf oben genannten Orten sind bereits weitere fünf der Verbindung beigetreten.

In vielen Orten, wo eine, zwei oder drei Stimmen für Bebel abgegeben waren, wollten die Wahlvorstände keinen Sozialdemokraten an Orte haben und erklärten diese Stimmen für zersplittert oder unglücklich. Daher kommt es auch, daß in den hiesigen Blättern anfangs nur von 245 sozialistischen Stimmen die Rede war, während es thatsächlich, wie Eingangs erwähnt, 335 sind. In dem Dorfe Bendersheim behaupten zwei Leute fest und fest, sie hätten Bebel gewählt und in den Wählern ist Bendersheim mit seiner sozialistischen Stimmen verzeichnet.

In Wörrestadt hat ein Schullehrer vor dem Wahllokal einem sozialistischen Wähler den Zettel mit Gewalt abgenommen, zerrissen und ihn einen auf den konservativen Kandidaten lautend in die Hand gedrückt. Schulmeisterlein, Schulmeisterlein, das kommt auf's Kerbholz! Bei der Stichwahl haben wir uns der Abstimmung enthalten. Mit sozialdemokratischem Gruß!
Fidello.

— Aus dem Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte. Eine Hausdurchsuchung mit Hindernissen. In einem friedlichen Städtchen, das wir aus begründeten Gründen nicht nennen wollen, fand jüngst eine Hausdurchsuchung statt. Der hochwohlwollendste von einem „pflichtgetreuen“ Stephanstuch die russische Kunde berichtet worden, daß unter ihrer getreuen Herde sich auch ein rundiges Schaf befinde, welches — decimale wehe! — den Hiesigen „Sozialdemokrat“ lieh. Da machten sich denn auf Bürgermeister, Posthalter und Polizeidirektor, das Haus des Verdächtigen sorgfältig zu untersuchen. Es ist besser, wir sehen zu, daß wir das Weid des Gottlosen allein antreffen, sprach nachdenklich der Vater der Stadt, „denn in unserer verderbten Zeit haben wenigstens die Franzosen noch Respekt vor der Obrigkeit, so von Gott eingesetzt“. Gesagt, gethan; das würdige Dreigespann tritt mit feuchter Miene der überdrückten Frau entgegen: Wo haben Sie das Schandblatt, den „Sozialdemokrat“? Den keine ich gar nicht, antwortete die Gefragte mit harmloser Miene. So? Aber wir kennen ihn und werden ihn jetzt suchen. — Bitte, geniren Sie sich gar nicht, ist die löbliche Antwort, worauf die Schandfellei in Szene geht. Aber wer nimmt es mit Mutter Eva auf? Mit Blüheschnelle sind aus der Kommode die dort aufbewahrten Nummern des Unsruckblattes herausgerissen, denn in der Wiege aufschußvoll ruhenden Säugling unter das Lager geschoben — und ehrerbietig leiht die brave Frau den eifrig Suchenden die schuldige Hülfe.

Als nun Kisten und Kisten vergebens durchwühlt worden waren, da fiel das Auge des gefrenkten Bürgermeisters zum Schluß auf die Wiege. Sollte vielleicht dort — ? Und eingeschlossen hebt er das Deckbett auf. Doch, o weh, dem Varschen in der Wiege war die Sache gleichfalls nicht geheimer vorgekommen. Verschämigt lächelt er dem Fremdling entgegen, sein Respekt vor der Obrigkeit war nicht größer als der seines Vaters, und — mit verhaltener Nase rücherten die Gesellschaftsleiter von der Wiege zurück. Am andern Morgen erhielt aber jeder der drei Braven als Entschädigung für seine Mühe per Post — eine Nummer des „Sozialdemokrat“, notabene eine reinliche.

— Aus dem 18. sächsischen Wahlkreise. Nachdem nun der Wahlkampf vorüber, wollen auch wir wieder einmal einiges von uns hören lassen. Der Grund, warum bisher so wenig, ja fast gar nichts im Parteiorgan von uns gehört wurde war der, daß wir beschäftigten, unsere Gegner in Sicherheit zu setzen. Es ist uns manchmal recht

schwer geworden, anscheinend zu schlafen wenn andere über ihre Thätigkeit berichteten, wiewohl wir seit unserer 1878 erlittenen Niederlage nie gerastet und gerührt haben.

Bekanntlich erwartete die Fortschrittspartei, den Sieg auch diesmal wieder an ihre Fahne zu heften. Berliner Blätter schrieben schon drei Wochen vor der ersten Wahl, daß der 18. sächs. Wahlkreis ihnen gehöre. Sehr zeitig begann auch schon die Agitation von Seiten der Fortschrittler. Ihre Versammlungen waren jedoch schwach besucht, gewöhnlich von 15 Fortschrittler und eben so viel Sozialdemokraten. Die Gegner wünschten eine Debatte, wir aber verhielten uns bei so einer schwachen Beteiligung ruhig, die Versammlungen wurden infolgedessen langweilig und man stellte sie schließlich wieder ein, bis der Wahlkampf seinen Anfang nahm. Da wir nun gar kein Lebenszeichen von uns gaben, glaubten die Konservativen den Wahlkreis den Fortschrittler nicht zukommen lassen zu dürfen. Der bisherige Abgeordnete, Herr Oberbürgermeister Streit in Jwidaun, wollte den Konservativen nicht recht passen, infolgedessen nahm derselbe die ihm angetragene Kandidatur nicht wieder an, und so begann denn der Kampf zwischen den beiden Parteien. Die Konservativen und reichstreuen Vereine von Grimmitzschau und Werbau stellten den Kommerzienrath Kärzel aus Grimmitzschau, die Fortschrittler und Reichstreuen in Jwidaun dagegen Herrn Dr. Hermes aus Berlin auf. Herr Advokat Dr. Hempel, ein linkschöner Fortschrittler, eröffnete den Reigen, und hielt eine Versammlung mit der Tagesordnung: „Barum wir liberal wählen“ im Namen des liberalen Wahlkomites im „Deutschen Kaiser“ zu Jwidaun auf. Dieser war höchstens von 20 Personen besucht und waren wenig Arbeiter vertreten, so hielten wir es auch hier für notwendig zu schweigen. Am darauffolgenden Sonnabend referirte ebenfalls Herr Dr. Hempel in Grimmitzschau über dieselbe Tagesordnung, da aber hier meistens Arbeiter vertreten waren und das liberale Wahlkomite den Vorschlag schon im Voraus für sich bestimmt hatte, ließen sich das die Grimmitzschauer Genossen nicht gefallen, daß der Vorschlag der Versammlung aufgetrieben werde und verlangten und erzwangen auch die Bureauwahl, trotz des heftigen Sträubens des Vorsitzenden Baumeister Wolf aus Jwidaun, in der Weise, daß noch ein selbstvertretender Vorsitzender gewählt wurde. Nun konnte endlich der Vortrag beginnen, welcher die Liberalen als die einzigen wahren Freunde des Volkes hinstellte. Hierauf meldete sich unser bis jetzt noch ganz geheim gehaltener Kandidat Stolle zum Wort, kritisirte das Thun und Treiben der Herren Liberalen, und leuchtete ihnen gehörig heim. Als seine Ausführungen großen Beifall fanden, hielt er es nun an der Zeit, mit unserm Kandidaten nicht länger hintern Berge zu halten. Genosse Seifert meldete sich zum Wort und wies den Herren Liberalen nach, daß ihre Worte mit der That sich gewöhnlich nicht im Einklang befinden. Hierauf erfolgte die Proklamation unseres Kandidaten Stolle, welche mit lautem Jubel begrüßt wurde; die Gegner sahen einander verblüfft an, als grüßte es ihnen, hierauf versuchte es Herr Dr. Hempel, Stolle's Ausführungen zu widerlegen. Stolle meldete sich hierauf wieder zum Wort, der Vorsitzende erklärte aber, er könne ihm das Wort nicht geben, weil um 12 Uhr die Versammlung geschlossen werden müsse und sprach den Schluß der Versammlung aus. Der selbstvertretende Vorsitzende ertheilte aber hierauf Stolle wieder das Wort, dieweil er auch mit sprechen müsse, bevor die Versammlung geschlossen werden könne. Da erhob sich, als rettender Engel für die Liberalen, der überwachende Beamte und verbot es, daß die Versammlung wieder eröffnet wurde. Den folgenden Tag, den 16. Oktober, hielt das liberale Wahlkomite wieder eine Versammlung ab, in welcher Herr Ludwig Wwe aus Berlin referirte. Derselbe fand im Schwanenschloßchen zu Jwidaun statt und war von 600 Personen besucht. Gleichzeitig wurde in der Versammlung das Gerücht verbreitet, Bebel sei anwesend. Herr Wwe, ein gewandter Redner, hob alle die Nachteile hervor, welche durch eine etwaige Wahl eines Konservativen dem Volke erwachsen, griff die Projekte des Reichstages so heftig an, daß es manchen Zuschauer grüßelte und empfahl sehr warm die Kandidatur Otto Hermes, als des rechten Vertreters für den 18. sächsischen Wahlkreis. Nachdem Wwe seinen Vortrag beendet und der Rausch, den er erzeugt, etwas vorüber war, erhob sich der Vorsitzende Wolf und erklärte, weil der Herr Vortragende heute noch einen Vortrag in einem benachbarten Kreise zugesagt habe, die Versammlung für geschlossen. Der wahre Grund war der, daß sich während der Versammlung das Gerücht verbreitet hatte, Bebel sei anwesend. Ein wahrer Sturm der Entrüstung erhob sich jetzt. Die Genossen, welche dem Bureauamt am nächsten saßen, schickten den Herren das Wort freigeht entgegen, hundert schellen wiederholten das unheimliche Wort, einzelne Genossen setzten die Herren über ihre insame Handlungsweise zur Rede, ein allgemeines Durcheinander im ganzen Saal folgte, mehrere Hochs auf die Sozialdemokratie, sowie auf Stolle wurden ausgebracht und wir verließen den Saal. Geschadet hat uns die Erbärmlichkeit dieser Herren nicht, wohl aber so manchen dazu angeleitet, nun mit desto größerem Eifer für uns einzutreten. Den darauffolgenden Donnerstag endlich stellte sich Herr Dr. Hermes aus Berlin seinen Wählern im Deutschen Kaiser zu Jwidaun vor. In der Annonce, welche dies anläßlich, war aber gleich gesagt, daß Sozialdemokraten wegen der Störung im Schwanenschloßchen keinen Zutritt hätten. Also wenn diese Herren auf insame Weise anders Denkenden das Wort abschneiden und ihnen dann ihre Handlungsweise beim richtigen Namen genannt wird, so nennen sie das Aufschreien, zwei Schupplente waren an der Eingangstür postirt und wiesen alle bekannnten Genossen oder wenn sein Anzug als Arbeiter kennzeichnete, zurück. Die Konservativen sahen von öffentlichen Versammlungen ab. Wahlaufreife, welche ganze Seiten der Lokalblätter füllten, sollten diese ersetzen. Und wurde bloß eine kleine Annonce im Jwidauner Tageblatt aufgenommen, die Expedition des Wochenblattes wies eine solche hübnisch zurück.

In Folge dieser Schweigeklamme unterließ ich erdramatische der Kampf zwischen den gegnerischen Parteien um so erbitterter und ging schließlich so weit, daß sich dieselben Gismittler utisirten, zu unserm Gaudium und zum Aerger so mancher Ordnungsfeste.

Wir blieben indeß nicht müßig, und rühten uns, unsere Gegner zu überfallen. Den Sonntag vor der Wahl früh um 7 Uhr rückten unsere Truppen mit Stimmzettel und Wahlanfragen aus, den Kreis zu durchstreifen. Aber so weh, kaum waren sie eine halbe Stunde lang an der Arbeit, da kamen schon mehrere Franzosen von Schupplente in Jwidaun auf die Polizeiwache gelaufen und zeigten die Zettel vor; auch ein saubere Patron, Weichensteller oder vielmehr Schlagarbeiter, Klappenbach an der Schnebergerstraße, denanzirte unsere Zettelträger. Jetzt begann eine Razzia. Alle Polizeimannschaft wurde aufgeboden, wenigstens in Jwidaun, so daß bis Mittag 11 Mann hinter Schloß und Riegel saßen. Die Schupplente gaben sich damit aber noch nicht zufrieden, es wurde in die Häuser gegangen und Wahlaufreife und Stimmzettel für Stolle überverlangt und mitgenommen. Ueberall bei den erwischten und sonst bekannnten Genossen wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Eine richtige Aufregung herrschte infolgedessen in der Stadt, an allen Vierteln wurde bloß von den Verhaftungen gesprochen; die einen ergimmten und beschloffen, nun erst recht für den Sozialdemokraten zu stimmen, indeß die anderen sich freuten, weil die Ehrenmänner glaubten, nun würde niemand wagen für Stolle zu stimmen. Die Franzosen der Verhafteten ließen zu einander und berathschlagten, was nun wohl zu thun sei, bis dieselben beruhigt wurden, daß ihre Männer doch am Nachmittag wieder herauskämen. Aber es kam anders. Dieselben wurden am anderen Morgen an das Amtsgericht abgeliefert; die Einen Montag Abend wieder entlassen, während die Anderen zwei Tage länger warten mußten. Ein unter ihnen befindlicher Oesterreicher wurde erst nach drei Wochen entlassen. Gegen zehn der Verhafteten wurde eine Anklage erhoben wegen Verächtlichmachung von Staatsinstitutionen, § 131, welche im Wahlanfrage enthalten sein sollte. Montag, den 24. Oktober begab sich ein Genosse auf das Polizeibureau, um gegen die Wegnahme von Stimmzetteln in den Wohnungen der Austräger sowohl als auch den Häusern der Wähler Beschwerde zu führen, worauf Seitens des Herrn Stadtraths erwiedert wurde, es sei kein Schuzmann beauftragt gewesen, Stimmzettel wegzunehmen, bloß Wahlaufreife sollten dieselben abholen. (Auch das war ungeschicklich, D. H.) Es wurde nun in Gegenwart unseres Genossen der Polizei-Inspektor beauftragt, beim Rapport zu fragen, ob Jemand Stimmzettel weggenommen habe; die Schupplente hatten angegeben, die Wähler hätten den Stimmzettel freiwillig mitgegeben, wir haben aber viel Beweise, daß dieselben abverlangt wurden. Die Beschwerde half jedoch; kein Schuzmann wagte es mehr, Jemandem einen Stimmzettel abzuverlangen; war mühten wir unsre Arbeit wieder von vorn anfangen, aber andre Träger wurden unbehelligt gelassen. In den Ortlichkeiten ging die Verteilung gut von Statten, nur in Reinsdorf wurde ein Vertheiler abgefangen und vom Gendarm nach Jwidaun transportirt,

nach Verant von 2 Stunden aber wieder in Freiheit gesetzt. Die konservative Amtshauptmannschaft entließ denselben, während die liberale Polizeibehörde unsre Leute 24 Stunden lang behielt und dann noch an's Amtsgericht ablieferete. Gewissan will ich nach, daß der in Reinsdorf Abgefangene ein Spinner, in Arbeit bei Patrikovsky und Comp. in Schebewitz bei Jwidaun, ist. Der Gendarmenbrigadier von Schebewitz begab sich den Tag nach der Verhaftung in die Fabrik, ließ den Spinner rufen und fragte ihn, in Gegenwart des Direktors, ob er ihn, den Brigadier, noch kenne, worauf er ihn wieder gehen ließ. Die Gemeindefe zeigte bald ihre Freundschaft: den nächsten Tag bekam unser Genosse seine Kündigungs. Derselbe ist noch dazu schon 10 Jahre in der Fabrik beschäftigt gewesen, hat ein Auge bei der Arbeit eingebüßt und ist ein hoher Fünzigjähriger. In Widenfels, Werbau und Grimmitzschau (in letzterer Stadt wurde bloß einer abgefangen) ging alles gut von Statten. Späherhalber will ich noch folgenden Fall mittheilen, welcher im Werbauer Landbwohler sich zugetragen hat. Ein Genosse gibt einem hiesigen Landbwohner einen Stimmzettel in seine Wohnung, als der Genosse wieder auf der Straße ist, kommt der Landbwohner außer Achem vor die Thüre gestürzt, einen auf der Straße daher kommenden Hauswärtler anrufend: „He da, halten Sie doch einmal diesen Mann fest!“ selbst hatte er wahrscheinlich keine Courage. Dieser ruhig seinen Weg fortsetzend, erwiderte: „Ich habe keine Zeit.“ Während dieser Zeit treten auf der anderen Seite zwei andere Genossen, welche ebenfalls Stimmzettel tragen, heraus, sofort ruft unser Landbwohner: „Sie meine Herren, halten Sie doch einmal diesen Menschen dort fest, das ist ein Sozialdemokrat.“ Die beiden Angeredeten, ein paar Berliner Ausgewiesene, erwidern: „Ja Männchen gleich wenn wir'n haben“, und sich ein in's Häußchen lachend, gehen alle drei Genossen ruhig weiter. Unser hiesiger Landmann, seinen Reinsfall gemahrt werdend, tänzelte verwundert in's Zimmer zurück. Daß in Jwidaun so viele Austräger abgefangen wurden liegt daran, daß zu wenig Genossen sich bekannnt geben konnten, daher ein Jeder einen zu großen Bezirk übernehmen mußte. Wir hatten für Jwidaun bloß 15 Träger, indeß wir wenigstens 50 gebraucht hätten. (Schluß folgt.)

— Notiz für Silberarbeiter. In Wien liegen die Beschwerden der Firmen Ger, Dub und Kampf im Streit, zu welchem sie von den Fabrikanten genöthigt wurden. Die Fachgenossen werden drängen und gebeten, Zugang fern zu halten und ihre kämpfenden Brüder durch Beiträge zu unterstützen. Unterthätigkeiten sind zu senden an Anton Pjuel, Wien VII, Bezirk, Zieglergasse 53.

Briefkasten

der Redaktion: Wiederum mußte wegen Raum mangels ein großer Theil der Einsendungen zurückgelegt werden. — S. Siegle: In nächster Nummer.

der Expedition: S. R. S.: Nr. 5. — für Ab. pr. Dez. 81. — Ende März 82, sowie Hds. d. verwendet. — Brutus: Mit Nr. 50 Klingelbe, abg. B. vergriff. — Mich. Stieber: „Frau u. Soz.“ von B. melden wir Ihnen nun zum xten Male als vergriffen! — Rothbart: H. v. 24/11 erh. Hsbl. n. mit 49 abg. — L. St. Rku: Nr. 3. — Ab. 3 Mr. erh. — J. B. M.: Nr. 2, 40 (Nr. 2.) Ab. pr. 2 Mr. erh. — G. Ravensburg: Nr. 4, 50 Wds. für Wj. d. erh. — G. Wurm: Hs.: Alles nach Wunsch abg. Photogr. hatten Verzögerung. — J. J.: Dank! — X. 3: Nr. 27. — A. Sto. erh. — Vukaref: Nr. 50. — eingetroffen. Röhres erwartet. — S. L. P. i. S.: Nr. 3. — Ab. 4. Ou. u. Nr. 1, 50 f. Schr. erh. Weiteres d. benügt. Graf! — Lednau: Nr. 10. — i. Scht. nach Vorsch. verwendet. Wahlzettel von □ noch nicht fertig. Weiteres siehe: „Statist. Tafel aller Länder der Erde.“ Otto Hübner, Berlin, zu bezich. in jeder Buchhdlg. Brief. mehr. — Vukaref Abps.: Nr. 5. — erh. Hs. erwartet. — Rother Franz: Nr. 15. — eingetroff. — W. L. Amsterd.: Nr. 11. — i. Hs. d. Wds. d. d. einseitig. Jdsquitt. später. — K. L. Paris: Nr. 50. — erh. u. hiesig Nr. 14, 65 a. d. Hsbl. bez. Nr. 8. — pr. Hsbl. d. v. vorgem. Jdsquitt. später. Weitere Nr. 70. — Hsbl. an L. verrechnen in Ihre Buchh. Hs. mehr. — Armer in H: Nr. 20. — pr. W. und Agtds. durch Schry. d. erh. Jdsquitt. später. — Annwerpen: Nr. 125. — d. Wds. d. d. zugew. desgl. Nr. 14, 50 f. Dutzomet. n. Jdsquitt. später. Nr. 10, 50 pr. Scht. Cto. gutgeh. — O. P. R. L.: Nr. 1, 15 f. Scht. erh. — Karl Lehmann: Nr. 61, 80 a. Cto. erh. Hs. erwartet. Weiteres d. benügt. Depesche hat Br. nicht erhalten. — Rud. Bleitren: Jhd. erh. Scht. v. L. abgef. Weiteres betr. S. der Red. mitgetheilt. — S. P. London: Beilag. abg. „Werne“ direkt im Verlag. Wörlein u. Co. Nürnberg zu haben. — J. A. Brge.: Nr. 4. — Ab. 4. Ou. erh. Versand nach Vorsch. — Rorig: Franko für Rabat. Hs. Röhres. — Gebr. Hermhgs. St. Louis: Nr. 51, 50 erh. Nachfrag. v. weiteren 10 Expl. ab 45 bewirkt. Statist. Wahlzettel von □ wird annoncirt sobald fertig. — Schum. Cincinnati: 2 geb. Fremdw. L. haben am 14. 12. nach Dörlan beordert. — Göttingen: Hs. v. 9/12 erh. — F. R. Lond. Sdg. wird fortan dem G. A. P. S. übermitteln. Beranlassen sie Weiteres. — A. Miller Kppol.: Nr. 4. — Ab. 4. Ou. 81 u. 1. Ou. 82 erh. — S. Hsbl. Courm.: Nr. 5. — Ab. 1. u. 2. Ou. 82 erh. — B. Nr. 12. — a. Cto. Ab. erh. Brief v. J. nicht erh. Hs. mehr. — Rother Hans G.: Nr. 11, 40 Ab. Jan. 82 erh. Die 19 werden nach Vorsch. einmarschiren. — Schnberg. W'bur.: Nr. 5. — d. d. Hs. Agtds. d. d. zugewiesen. Jdsquitt. später. — Dsch. Gen. Paris: Nr. 44, 70 nach Vorsch. d. d. verwendet. Jdsquitt. später. — Gef. d. Wj.: Nr. 6. — i. d. Stichwahl i. R. d. Wds. d. d. zugew. — Sonnambullrich London: „Ruff. Theater, Bal-parad genossen ferner alle Jwee, ein Reispferd und die Festungszeitung, Freiheit und andere Feuerzergung. So schwelgen auf H u b e r t u s b u r g sie freuzfidel 2 Jahr sich durch.“ — Und, — wie sich das so hüßlich gemacht, der „S u m u m“ hat's herausgebracht. —

Zu Weihnachten! König Mammon und die Freiheit.

Ein sinnreiches hübsches Bilderbuch.

Mit Text (für größere Kinder) elegant ausgestattet und solid gebunden: Preis Nr. 1. 60 = M. 1. 30.

Ohne Text (für kleinere Kinder) mit passenden Reimen unter den Bildern, gleichfalls hübsch ausgestattet und gebunden: Preis Nr. —,75 = M. —,60.

Das Bilderlein wurde seines wirksamen Inhaltes wegen in Deutschland verboten. Die Tyrannie des Mammons, der Hunger, die Heuchelei, Roth, Haß, Reid, Weis, Habsucht, Rache, Krieg finden darin in Wort und Bild eine wirksame Darstellung, um Haß und Verachtung gegen das Schliche und Niedrige im kindlichen Gemüthe anzuregen. Nicht minder werden Freiheit, Liebe, Frieden, Heidenmuth, Gerechtigkeit, Wahrheit, Fleiß, Wissenschaft, Einigkeit und Wohlstand geschildert und gepriesen. Die Fertigung erfolgt franko für Rabat. Bei Mehrermahme weiterer Nachlag. Nur noch mäßiger Vorrath vorhanden.

Als ebenso geeignet zu Weihnachtsgeschenken, für Vereins- und Privatbibliotheken empfehlen wir die in Deutschland verbotenen Jahrgänge der

Neue Welt 1876, 1877, 1878.

Preis pro Jahrgang komplet brochirt erkl. Porto Nr. 5. — = M. 4. —

Die Expedition des „Sozialdemokrat“ und Die Volksbuchhandlung Höttingen-Jülich, Kasinoplatz 3.